

Sven Papcke

## Europäische Währung -Chancen und Probleme

*Prof. Dr. Sven Papcke, geb. 1939 in Hamburg, Studium der Geschichte und Soziologie in Hamburg und London, lehrt Soziologie an der Universität Münster.*

„Die Phönizier haben das Geld erfunden -  
aber warum so wenig?“ J. N. Nestroy

Die seit 1996 tagende Überprüfungskonferenz des Vertrages von Maastricht soll Mitte Juni 1997 in Amsterdam abgeschlossen werden, um die Gemeinschaft angesichts neuer Herausforderungen handlungsfähig zu halten durch zahlreiche Effektivisierungsmaßnahmen wie etwa die Ausweitung und Vertiefung ihrer interorganisatorischen, intergouvernementalen beziehungsweise zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Diese Vorhaben sind aber nicht nur mit Blick auf die Reform der Institutionen (Zusammensetzung der Kommission/Abstimmungsmodalitäten im Ministerrat etc.) bisher eher schleppend vorangekommen. Erst auf einem Treffen der EU-Außenminister Ende April in Luxemburg konnten bei den 223 strittigen Diskussionspunkten<sup>1</sup> konzeptionelle Fortschritte erreicht werden. Dabei geht es wieder einmal um einen den ganzen Kontinent betreffenden Wendepunkt, der für die künftige „Selbstbehauptung der Europäer“<sup>2</sup> ausschlaggebend ist. Ein Scheitern

- der vertraglichen Fortschreibung (bei innen-, sicherheits- und außenpolitischen Vorhaben),
- der anstehenden Strukturreformen (Verbesserung der Entscheidungskompetenz u.ä.m.) sowie
- der Vollendung bereits beschlossener Schritte in die Kooperation (Währungsunion)

könnte das für eine gesicherte und gedeihliche Zukunft des Alten Erdteils<sup>3</sup> unerläßliche, als historischer Entwurf aber ebenso kühne wie verwaltungstechnisch komplizierte Gebäude der EU in Mitleidenschaft ziehen. Nicht zuletzt bedeutete das für Deutschland erhebliche Komplikationen, weil Bonn/Berlin dann außenpolitisch womöglich nicht mehr wie bisher „von lauter Freunden umzingelt“ (Kinkel) wäre.

Vor dem Treffen des Europäischen Rats in Amsterdam hielt Brüssel darum einen EU-Sondergipfel ab. Am 23. Mai versammelten sich die Staats- und

1 Vgl. Summary of the positions of the member states and the European parliament on the 1996 intergovernmental Conference. Luxemburg vom 30.9.1996, S. 29.

2 So Staatsminister Werner Hoyer über die Bedeutung der Regierungskonferenz, auf der der FDP-Politiker Bonn vertritt, zit. nach Europäische Zeitung Nr. 12 (1995), S. 23

3 Nicht zuletzt dann, wenn „nous ne voulons pas dissoudre l'Europe dans la mondialisation“ („wenn wir nicht wollen, daß Europa sich in der Globalisierung auflöst“), um mit Lionel Jospin (Ouest France vom 9.5.1997, S. 3) zu reden, dem neuen französischen Ministerpräsidenten.

Regierungschefs in Nordwijk, diesmal in Anwesenheit von Tony Blair als frisch bestelltem Vertreter der Politik des Vereinigten Königreichs. Der Wahlsieg einer modernisierten Labourpartei in London wurde in allen Mitgliedsstaaten begrüßt. Dabei wird die neue Regierung an der Themse auch hinfort kaum föderale Positionen vertreten, wenngleich der im Kabinett für Europa zuständige Doug Henderson ebenso wie Außenminister Robin Cook freundlichere Töne angeschlagen haben.<sup>4</sup> London bleibt jedoch ein schwieriger Partner in Brüssel, trotz angekündigter Zugeständnisse in der EU-Sozialpolitik. Entsprechend führt Sir Stephen Wall in der Regierungskonferenz die Gruppe der Länder Dänemark, Griechenland, Irland und Schweden an,<sup>5</sup> die sich aus unterschiedlichen Gründen gegen Nachbesserungen oder gar signifikante Änderungen der Verträge sträuben. Nicht zuletzt wollen sie das Gewicht der kleineren Länder in der Kommission erhalten, lehnen die diskutierte Ausweitung von Zuständigkeiten der Gemeinschaft im Bereich der zweiten und dritten Säule des Maastrichtvertrages ab oder bestehen auf den etablierten Abstimmungsmodalitäten im Ministerrat. Immerhin hat sich das Verhandlungsklima in Brüssel aufgehellt. Aus Verzweiflung über die Wählerabwanderung hatten die Konservativen in Großbritannien mit Blick auf Deutschland und die EU letzthin eher populistische Töne angeschlagen. Der Staatengemeinschaft hingegen ist besser gedient, wenn England europaengagiert, wenngleich wie gewohnt distanziert, die Brüsseler Visionen/Pläne auf ihre Pragmatik prüft und damit auch auf ihre Nützlichkeit (nicht nur) für die Insel.

### Work in progress

Wenige Tage vor der Zusammenkunft in Nordwijk war zudem in Paris ein wichtiges *tête-à-tête* angesagt. Bundeskanzler Kohl und Präsident Chirac wollten die in letzter Zeit abweichenden Positionen (Föderal- versus Direktorial-Europa) ihrer Länder zur Modernisierung der EU-Architektur angleichen. Diese Richtungsklärung wird sich bis zur Klärung der politischen Verhältnisse in Frankreich verzögern, zumal sie nicht ohne Zugeständnisse abgehen kann. Beide Staatsmänner wissen indessen, daß die 15er-Gemeinschaft momentan zu Siebenmeilenschritten kaum in der Lage ist.<sup>6</sup> Die Regierungskonferenz brütet in diesen Tagen keineswegs eine Verfassung für den Erdteil aus. Denn EU-Europa ist (noch?) kein Zustand, kein Staatsgebilde, das auf Konsolidierung seiner Identität, Grenzen oder Legitimität bedacht sein müßte/kann. Die Mitgliedsregierungen sind langfristig mit einer geschichtlichen Daueraufgabe beschäftigt - ohne übertragbare Lösungsvorbilder. Eine „politische Staatseinheit ohne Volk“ wäre nach vorherrschendem Verständnis ja „ein Widerspruch in sich“.<sup>7</sup> Das europäische Einigungsunter-

---

4 Vgl. Oliver Schneid. La Grande -Bretagne amorce son virage européen à Paris, Libération vom 8.5.1997, S. 7. London will treibende Kraft in Europa sein, Westfälische Rundschau vom 13.5.1997, S. 2.

5 Zur neuen Europa-Position Londons: Labour's Dutch auction, Daily Telegraph vom 10.5.1997, S. 16.

6 Weswegen die rheinischen Partner bereits am 6. Dezember 1995 unter dem Stichwort „Flexibilität“ vorschlugen, im Vertragswert die Möglichkeit zu einer variablen Einigungsgeschwindigkeit als Chance zur verstärkten Zusammenarbeit einiger Mitgliedsländer vorzusehen.

7 J. C. Bluntschli. Die Organisation des europäischen Staatenvereins, in: Die Gegenwart 1.3 (1878), S. 116.

fangen als - nach einer gängigen Definition - „a successful intergovernmental regime, designed to manage economic interdependency through negotiated policy coordination“<sup>8</sup> (ein erfolgreiches regicrungsübergreifendes Regime, das geschaffen wurde, um Ökonomische Abhängigkeit mittels ausgehandelter politischer Koordination zu beherrschen) hat sich nicht darauf beschränkt, jenen von Max Horkheimer<sup>9</sup> avisierten „europäischen Zerfair abzuwehren. Die Vergemeinschaftung vollzieht sich zudem in ihrer Entwicklung, antizipiert gleichsam eine Zukunft, um sich auf sie zubewegen zu können. Der Weg ist das Ziel: Integrationsprozeß und Unionsgestalt fallen mithin zusammen. Entsprechend hat sich politisch, ökonomisch, mental etc. von Anfang an alles im Fluß befunden. Die Grenzen, Zugehörigkeiten, Aufgaben oder auch Akzeptanzmuster der EU ergeben sich im Lauf der Staateninteraktion aus einem für alle Beteiligten zuweilen mühsamen Lernprogramm. Dessen institutionell nächste Etappe stellt die Währungsunion dar, abgeschlossen im Jahr 2002, dann folgen neue Erweiterungen, nicht zuletzt nach Ostmitteleuropa, entsprechend gilt es die Sicherheitspolitik zu strukturieren, die transatlantischen Beziehungen zu festigen, den Südrand der EU zu konsolidieren usw. Mithin fallen auf dem Weg zu einem größeren und hoffentlich ebenso stabilen wie wohlhabenden Kontinent nicht nur weitere Reformkonferenzen an; zu erwarten sind infolge *der Vermehrung der Mitgliedsländer* in sowie *der Ausweitung der Zuständigkeiten* von Brüssel auch immer neue kognitive Dissonanzen bei der ebenso komplexen wie komplizierten Weitereuropäisierung Europas, die möglichst nicht in Eurosklerosen münden sollen.

Je dichter die Verflechtung der Staaten gerät, um so stärker tritt zudem der quasi-innenpolitische Charakter der Europa-Politik hervor, der die klassische Unterscheidung von *intra et extra muros* (inner- und außerhalb der Grenzen) als Sicherheitsdilemma der kontinentalen Grenzen nicht mehr zuläßt. Ohne als „Euronörgelei“ (Kinkel) abgewehrt werden zu können,<sup>10</sup> sind inzwischen Alternativvorstellungen zur Brüsseler Machart Europas zu hören, und zwar nicht zum Einigungsprojekt selbst, sehr wohl jedoch zur *pensee unique* (Einheitsgedanke) der Bürokraten, die letzthin eher Skepsis erzeugt hat als Zustimmung. Dazu gehört fraglos die Kritik

- an einzelnen *acquis communitaires* (Gemeinschaftserrungen) (z. B. Agrarpolitik),
- an bisher unbefriedigenden Politikprogrammen (etwa im Umweltbereich),
- an der mangelnden Durchdemokratisierung der EU oder
- an der Reichweite und dem Tempodruck bestimmter Brüsseler Vorhaben.

8 Andrew Moravcsik, in: Simon Bulmer/A. Scoll, *Economic and Political Integration in Europe*, Oxford 1994. S 30.

9 Max Horkheimer, *Das Verschwinden Europas* (1959), *Gesammelte Schriften*, Frankfurt/Main 1988. S. 91.

10 Eine sehr deutsche Sicht, Dissens gleich als Häresie zu brandmarken. Wohingegen mit Jacques Sanier („we must dare to doubt“) der Präsident der EG-Kommission in Amsterdam mit der Bemerkung, immerhin stehe die Glaubwürdigkeit Brüssels auf dem Spiel, die EU-Bürger zur kritischen Mitarbeit aufforderte, vgl. *The European* vom 24.- 30.4.1997. S. U.

Zu Irritationen wie diesen zählt inzwischen vor allem auch das ehrgeizige Projekt einer Einheitswährung, obwohl es im Sinne von Jean-Baptiste Say<sup>11</sup> für den Alten Erdteil eine zur modernen „*économie apatriée*“ (staatenlose Ökonomie) passende und daher mit Notwendigkeit kontinental dimensionierte Geldverfassung plant.<sup>12</sup> Vor lauter makro-wirtschaftlichen Erwägungen mag aber der lebensweltlich-symbolische Gebrauchswert sowie Sinngehalt jeder (guten) Währung vernachlässigt worden sein. Danach gilt Geld als „die deutlichste Wirklichkeit der Formel des allgemeinen Seins“, wie es Georg Simmel ausdrückte,<sup>13</sup> „nach der die Dinge ihren Sinn aneinander finden und die Gegenseitigkeit der Verhältnisse, in denen sie schweben, ihr Sein und Sosein ausmacht“. Geld bedeutet im Alltag viel mehr als ein Zahlungsmittel. Trotz aller Abwiegelei etwa durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble, die Deutschen hätten zur Identitätsfindung neben Pekuniärem doch wahrlich einen Goethe oder Beethoven, bestimmt der Erwerb und Besitz von Geld die wochentägliche Sicherheit der Vorstellungswelt. Wenn die im zwischenstaatlichen Raum wirkenden Eliten diese Ordnung erschüttern - was sie ausweislich der Demoskopie jedenfalls hierzulande tun -, werden dadurch existentielle Sorgen in der breiten Bevölkerung ausgelöst.<sup>14</sup> Diese könnten den stillschweigenden Konsens mit Blick auf die europäische Einigungsbewegung untergraben, der das Gemeinschafts-Projekt bislang getragen hat. Vor allem dann, wenn sich zusätzlich zu den Konjunkturproblemen über kurz oder lang monetäre Schwierigkeiten ergeben sollten, die unweigerlich Brüssel angelastet würden.

### Das liebe Geld

„Bei Geldfragen“, meinte der oppositionelle Liberale David J. L. Hansemann schon im Vormärz mit Blick auf die unkontrollierte Steuer- und Ausgabenpolitik Berlins, „hört die Gemütlichkeit auf“. Auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten Brüssels, der EU die zu Anfang der neunziger Jahre von den Mitgliedsstaaten beschlossene Einheitswährung („Euro“) termingerecht und wertbeständig zu bescheren, erweisen das Portemonnaie als edelstes Körperteil der Bürger. Zwar gibt es eine Reihe anderer als finanzielle Gründe für die europäischen Mißhelligkeiten *fin de siècle* (am Ende des Jahrhunderts); sie alle aber haben als

- - Zwang zum Sparen der öffentlichen Hände,
- - Schwäche des Wachstums,

---

11 Vgl. dessen „Caicchisme d'conomtc poliliquc“ (1817), der gegen die als Reaktion auf die zur Diktatur Napoleons mutierte Französische Revolution zu verzeichnende Fragmentierung Europas in nationalisierte Volkswirtschaften anzuschreiben versucht hatte.

12 Die europäische Geld Verfassung ist mithin keineswegs „a lunalic idea“ (R. J. Samuelson, Europe's new nutty money, Newsweek vom 13.1.1997. S. 2). wie aus den Staaten vielfach zu hören ist. es kommt jedoch frei nach „Was ökonomisch falsch ist. kann politisch nicht richtig sein“ sehr darauf an. ob die wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für den Erfolg der neuen Währung längerfristig stimmen.

13 Georg Simmel. Philosophie des Geldes (1900), München/Leipzig 1921). S. 98.

14 Zu diesen Vorbehalten Clemens Fuest, Die geringe Popularität des Euro, Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte Nr. 4 (1997). S. 324 ff.

- allgemeiner Reform- sprich Schrumpfungsdruk auf die Systeme der sozialen Sicherung oder auch
- Innovations- als Effektivisierungspflicht der Eurokratie in Brüssel unmittelbar oder auf Umwegen mit der pünktlich zum 1. Januar 1999 geplanten Einführung einer gemeinsamen Währung für den europäischen Binnenmarkt zu tun.

Der „Euro“ wird kommen, zum vorgesehenen Zeitpunkt oder - nach dem Linksruck in Frankreich<sup>15</sup> - später, was immer frei nach „les fausses opinions ressemblent à la fausse monnaie“ (Maistre) an Argumenten pro oder contra im Vorfeld diskutiert oder auch verschwiegen wurde/wird.<sup>16</sup> Der auf der zwischenstaatlichen Ebene vertraglich festgelegte Fortschritt in eine einheitliche Währungszone hat in den beteiligten/betroffenen Ländern allerdings unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Gemischte Gefühle lassen sich mit Blick nach Brüssel schon anhand der Ratifikationsschwierigkeiten gleich in mehreren Ländern seit Maastricht 1 (1991/1992) feststellen. Der Tempo- und Entscheidungsdruck in Sachen EU wirkt seither wie ein „maelstrom europeen“ (Mine).<sup>17</sup> Die langsame, wenngleich stetige Verwandlung der Zwischenstaaten-Kooperation als *andante con moto et variazioni* in eine übernationale Gesellschafts-Kombination mit offenem Ausgang,<sup>18</sup> der die EU unterworfen wird, erzeugt zunehmend Streß; auf dem Alten Kontinent ist mittlerweile keine Rede mehr von einer Unionsbegeisterung.

Je näher man sich zusammenlebt, hat der holländische Außenminister Hans van Mierlo<sup>19</sup> statt dessen die zwischenstaatliche Version der Schopenhauerschen Igel-Parabel über die richtige Mischung aus Nähe und Ferne beschrieben, „desto mehr ist man geneigt, das Andersartige des Anderen zu betonen“. Der Bürokratische Alltag ist inzwischen auch eine intrakulturelle Nervenfrage. Nicht zuletzt die Deutschen machen die Mitstreiter nervös mit ihrer - nationaldramaturgischen Eigenvorbehalten geschuldeten - „orto dossia europea“, die zuweilen wie eine neue „tirannia germanica“ wirkt.<sup>20</sup> Wir irritieren vor allem durch das Drängen auf Föderalisierung weiterer Politikfelder, nicht jedoch mit Blick auf das liebe Geld. In vielen Weichwährungs-

---

15 Obschon die Sozialistische Partei für den „Euro“ eintritt, will sie seine Einführung an Bedingungen binden (Lockerung der 3 %-Defizitregel; Italien/Spanien zählen zu den Erstmitgliedern; Einrichtung „d'un gouvernement europeen economique“, die den Geldmarkt kontrolliert; Parität des „Euro“ mit dem überbewerteten Dollar), die Nachverhandlungen erforderlich machen würden, vgl. Ouest France vom 9.5.1997, S. 2.

16 Beziehungsweise ob die nach Artikel 109 j des Vertrages von Maastricht beschlossenen Stabilitätskriterien ebenso vollständig wie solide eingehalten werden. Das ist zu bezweifeln, nachdem die EG-Kommission Ende April 1997 aus politischen Gründen bereits 13 Länder für das Euro-Examen erklärte, obschon der vorgeschriebene Konvergenzprozeß der beteiligten europäischen Volkswirtschaften mit Blick auf die Wirtschaftsdaten kaum weit genug gediehen ist.

17 Latirent Joffrin (L'Europe oubliée. Liberation vom 10./11.5.1997, S. 4) hält die Euroskepsis daher für eine „force souterrain“ (heimliche Macht), mit der die Politik im Wahlkampf in Frankreich rechnen müsse.

18 Vgl. Paul Thibaud. L'édification d'une Europe des citoyens, in Maniere de voir (Paris) Nr. 13 (1996), S. 93 ff.

19 Zit. nach Westfälische Nachrichten vom 22.3.1996.

20 Sergio Romano, Ci vuole un grande accordo per Maastricht, Panorama (Mailand) vom 13.2.1997, S. 15. Man denke in diesem Zusammenhang einzig an die Aufregung in fast allen EU-Hauptstädten über die weitgehenden Unionierungspläne im „Schäuble-Lamers-Papier“ (1994), das für die Politik Bonns nach wie vor grundlegend ist.

ländern mit Inflationkulturen begrüßen die Wirtschaftseliten die durch Bonn bislang betriebene Hartgeldpolitik als Korrektur des eigenen Unvermögens, ihre Finanzverfassung den Herausforderungen des Weltmarkts anzunähern. Weswegen der „Euro“ in südlichen Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Italien oder auch Portugal auf erhebliche Akzeptanz trifft. In Frankreich dagegen hatte/hat die „Euro“-Zustimmung mit der „volonte d'encadrer rAllemagne“ (Willen, Deutschland „einzurahmen“) zu tun.<sup>21</sup> Finanzpolitische Zielsetzung an der Seine ist es, endlich aus dem währungsdominanten Schatten der deutschen Bundesbank zu treten, der von den enarques (Absolventen der Elite-Universitäten) seit langem eher als Ärgernis empfunden worden ist und inzwischen zu einer erheblichen Überbewertung des franc fort geführt hat.

In Deutschland hingegen fürchtet die Bevölkerung<sup>22</sup> trotz regierungsamtlicher Überzeugungsarbeit mehrheitlich den anstehenden „Euro“ als mögliche oder gar drohende „Währungsreform“. Ihr will der Ausverkauf der von seiten der Politik als „Dorfgeld“ (Kinkel) herabgewürdigten Mark schwerlich einleuchten. Sie ist den Leuten mit Blick auf die in der jüngeren Geschichte gleich mehrfach erlittenen Geldwerttotalverluste ausgesprochen lieb und teuer. Warum also soll sie auf dem europäischen Altar geopfert werden? Diese Sorge hat gute Gründe, die unabhängig davon bestehen, daß immerhin noch 41 Prozent der Bundesbürger ein Vereinigtes Europa mit föderaler Regierung gutheißen.<sup>23</sup> Doch beim Geld beginnen die Mißhelligkeiten und Ängste. Als ebenso knappes wie repräsentatives „Mittel zur Freiheit“ (Rousseau) berührt dieses Medium vor allem in seiner Funktion als „Biographieabsicherung“ frei nach den Quasiformeln

$$1) \text{ Einkommen (E) = V Energie} \times \text{Zeit}$$

$$2) \text{ Geld} < \text{E - Konsum) = Versorgungsdepot}$$

in ganz anderem Umfang als etwa Kultur oder auch Politik den Nerv unserer Individualmoderne. Geld ist ein Zugehörigkeitsattest und vermittelt hierzulande überdies Selbstbewußtsein als „Stolz“ auf den Erfolg des eigenen Wirtschaftssystems.<sup>24</sup> „Germony“ wirkte und wirkt zuweilen zwar reichlich materialistisch, nicht nur auf unsere Anrainer. Aber ist das nicht lebensfern geurteilt? Kann die landständige „Geldillusion“ bei einer Summierung<sup>25</sup> der Vermögen aus Anlagen, Spartätigkeit etc. auf über 412 DM nicht zweckrational von der öffentlichen Geldpolitik erwarten, neben der Funktions-

<sup>21</sup> Vgl. zur macht- bzw. deutschlandpolitischen Logik des Maastrichtvertrages die Ausführungen von Gianni de Michelis, seinerzeit Außenminister Roms: La véridique histoire du traite de Maastricht, in Limes Nr. 1 (Paris 1996), S. 249 ff.

<sup>22</sup> Weswegen sich immerhin 77 % (vgl. Spiegel Nr. 9 [1997], S. 41) für eine Verschiebung des „Euro“ aussprechen, nicht zuletzt auch deswegen, weil 94 % gegen eine Steuererhöhung und 83 % gegen Sozialbudgetkürzungen sind, damit Bonn bis 1998 alle Maastrichtkriterien erfüllen kann.

<sup>23</sup> Laut englischem Umfrageinstitut MORI betragen die Zahlen für England 27 % und für Frankreich 38 %, vgl. Newsweek vom 3.2.1997, S.21.

<sup>24</sup> Wozu nicht zuletzt der „DM-Nationalismus“ als Ersatz für räum-zeitliche bzw. kulturell-religiöse etc. Identifikationsmuster zählt, vgl. Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Körte, Die Deutschen. Profil einer Nation, Stuttgart 1991, S. 129 ff.

<sup>25</sup> Eine einprozentige Inflationsrate bedeutet 40<sup>9</sup> DM Wertverlust.

garantie als Tausch- und Zahlungsmittel vor allem die Wertaufbewahrungsgarantie (Guthaben) zu bieten? Keinesfalls dürfe auf dem - internationalen - Markt wie beim Verbraucher der Vertrauenskredit verspielt werden, den die harte Währung nicht nur als *conditio sine qua non* (zwingende Grundvoraussetzung) der Wohlstandssicherung verkörpert, sondern überhaupt als Voraussetzung von Stabilität in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne solche Kontrolle der Wertbeständigkeit im Sinne von

### 3) Geld = Knappheit > Politik

als Nebenfolge dieses Geldfetischismus jedenfalls könnte sich der Staat als Beherrscher einer mittlerweile allzu umfangreichen Quote des gesamtwirtschaftlichen Einkommens im Hier und Heute womöglich noch größere Konsumaufwendungen leisten - unter Vernachlässigung wesentlicher Zukunfts-investitionen. Und alldieweil die Ausgaben schon im einzelstaatlichen Bereich - nicht zuletzt in deutschen Landen - kaum einzudämmen sind, so lautet die Befürchtung bürokratiemüder Bürger, wird man der öffentlichen Hand im fernen Brüssel schwerlich besser auf die Finger klopfen können.<sup>26</sup> Vor allem dann nicht, wenn die EU ähnlich undemokratisch-intransparent bleibt wie bisher, so daß jeder Groll der Bürger im metternichschen Milieu ihrer ministerrätlichen Kabinettpolitik zu verhalten pflegt.

Aus der Sicht hiesiger Sparer, Rentner, Anleger etc. droht mithin jenes schon im 16. Jahrhundert notierte „Gresham'sche Gesetz“, wonach schlechtes Geld gutes Geld verdrängt. Das aber zeichnet sich ab, wenn man in Mentalität, Leistung, Entwicklungsstand, Lohnniveau, Infrastruktur, Sozialgesetzgebung etc. derart unterschiedliche Wirtschaftszonen, wie sie in der EU weiterhin existieren, unter ein Kollektivgeld zwingt. Bleiben wie in der geplanten Währungsunion diese Lagerungen als Staaten zudem weitgehend souverän in ihren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen, dann fragt es sich, ob die laut Vertrag von Maastricht (vgl. Titel VI; Protokoll über die Satzung der Europäischen Zentralbank etc.) oder als Nachbesserungen etwa Ende 1996 auf dem Europäischen Gipfel von Dublin (Stabilitätspakt) währungstechnisch längerfristig vorgesehenen Konsolidierungsbestimmungen (Geld-Ökonomik) ausreichen werden, um die Gefahr von *diminishing returns* (Wiederkehr mit jeweils verminderter Substanz) der EU-Währungspläne durch eine

- partikular (Mitgliedsstaaten) oder gar
- gemeinschaftlich (Ministerräte)

verfehlte, weil nicht der diskretionären Willensbildung der Akteure entzogene Geld-Politik<sup>27</sup> zu dämmen. Andernfalls wäre das gesamte Einigungs unterfangen womöglich auch politisch gefährdet,<sup>28</sup> könnte ein aus welchen

26 Was allemal die Geldstabilität tangiert, wie sich unmißverständlich am Wertschrumpfungprozeß der DM ablesen läßt, die gegenüber inflationserlahmte n Nachbarwährungen zwar solide wirkt, ihrerseits aber seit 1949 erheblich an Wert verloren hat.

27 Wie sie etwa in Paris durch Debatten über ein politisches Gegengewicht („Stabilitätsrat“) zur Europäischen Zentralbank diskutiert wurde/wird, vgl. Pascal Riche, *En France, meme les maastrichtiens doutent*, Liberation vom 5.4.1997, S.3.

28 Es bleibt daran zu erinnern, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Spruch vom 12. Oktober 1993 (vgl. Maastrichturteil in: Europa-Archiv Nr. 22 (1993).S. D 459 ff.) vorschreibt, die Finalität der EU an das Erreichen der währungspolitischen Stabilität zu binden (S. D 473).

Gründen auch immer im einzelnen drohendes Scheitern der Geldunion post festum (im nachhinein) zu schweren „eurodéceptions“ (Le Monde) und damit zur Dekomposition der EU führen.<sup>29</sup>

### Europageld

Diese monetären Vorbehalte und Beklemmungen sind berechtigt, dennoch entspricht das geplante Gemeinschaftsgeld nicht nur der bisherigen marktwirtschaftlichen Entwicklungs- als Verflechtungslogik<sup>30</sup> der EU, sondern

- ist Ausdruck der sumrnativen Nutzenmaximierung einer an sich/bis heute partikular-motivierten Kooperation (Synergiehypothese),<sup>31</sup>
- verweist auf den Ende-offen-Charakter der Zusammenarbeit in EU-Europa, die als prozeß-legitimiertes Phänomen ohne Regreßgefahren keinen längeren Stillstand zuläßt (Fahrradtheorem),<sup>32</sup>
- spiegelt den zweckrationalen Kooperationswillen (Krönungstheorie)<sup>33</sup> der/wichtiger Staatenakteure in Brüssel und
- unterstreicht dadurch die ursprüngliche politische Wertrationalität des Einigungsprozesses (Einbindungstheorie).<sup>34</sup>

Es ist daher verständlich, daß die Gemeinschaft sehr früh über die Schaffung einer Währung nachdachte, auch um sich von den Kapriolen des green-back (US-Dollar) unabhängiger zu machen, wenngleich es fraglich bleiben mag, ob das Eurogeld tatsächlich Griechen oder Finnen „europäischer“ stimmen wird als seinerzeit die Rumänen oder Tschechen „sowjetischer“ gestimmt wurden durch den Rubel als gemeinsame Verrechnungsgröße. Bereits 1969, mithin zu einem Zeitpunkt, als laut Artikel 8 EWG-Vertrag der Gemeinsame Markt verwirklicht sein sollte, wurde das Projekt einer Einheitswährung offiziell diskutiert. Die Staats- und Regierungschefs beauftragten den Ministerrat, einen Bericht über die Möglichkeiten und die Durchführbarkeit einer Wirtschafts- und Währungsunion anzufertigen. Auf der Grundlage dieses „Werner-Plans“ beschloß man 1971, innerhalb einer Dekade die WWU zu vollenden. Zwei Jahre später wirbelte der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Abkommens (1944) jedoch die Wechselkurse in der gerade erst etablierten „Währungsschlange“ derart durcheinander, daß

29 Vgl. Bernard Connolly. *The Rotten Heart of Europe. The Dirty War for Europe's Money*, London/Boston <sup>2</sup>1996, S.378 ff.

30 S. S. Andersen/K. J. Eliassen (Hrsg.), *Making policy in Europe. The europeification of national policy-making*, London etc. 1994.

31 Dazu A. S. Milward. *The european rescue of ihe nation-state*. London 1995. Allerdings wird dabei nicht die gleichzeitige Enthegelianisierung der Rolle der Mitgliedsstaaten deutlich, zu diesem Prozeß J.-M. Guehenno. *Das Ende der Demokratie*, München 1996.

32 Vgl. Die magistrale Arbeit von Keith Middlemas u. a.. *Orchestrating Europe. The informal politics of the European Union*. London 1995, S. 613 ff.

33 Etwa Wolfgang Wessels. *Die Wirtschafts- und Währungsunion - Krönung der politischen Union?*, in Rolf Cäsar/H.-E. Scharrer (Hrsg.). *Maastricht: Königsweg oder Irrweg zur Wirtschaft- und Währungsunion?*, Bonn 1994, S.107ff.

34 Vgl. M. J. Baun, *An imperfcct union.The Maastricht treaty and the new politics of European Integration*, Boulder/Colorado 1996, S. 33 ff.



sich statt dessen eine Art von DM-Zone relativ stabiler Währungsrelationen in Europa herausbildete.

Laut Werner-Vorstellungen sollte die Geldumstellung zudem der Schluß-baustein einer vorher abgeschlossenen Wirtschaftsunion sein. Da sich diese Schrittabfolge - bis heute - als undurchführbar erwies, beschloß Ende der siebziger Jahre die Politik in Bonn (Helmut Schmidt) und Paris (Valery Giscard d'Estaing), die an sich ökonomisch gebotene Reihenfolge umzudrehen. Mit Frankreich war eine Währungsumstellung zu verabreden, schon damals, um Deutschland unumkehrbar in die Gemeinschaft einzubinden. Nun sollten die erwarteten Vorteile der

- seit 1979 durch das Europäische Währungssystem (EWS) eingeleiteten,
- mit dem „Delors-Plan“ (1988) und anschließendem Maastrichtvertrag eröffneten

Geldunion in forcierter Schrittfolge zur Angleichung eigentlich voraussetzender Wirtschaftsbedingungen in EU-Europa führen. Die Vorteile eines europäischen Währungsblocks jedoch lagen vorerst nur für die Wirtschaft auf der Hand. Nicht nur würden die Transaktionskosten minimiert, was zugleich die Planungs- und Kalkulationssicherheit erhöhen würde. Zudem sollte die verabredete Preisstabilität die Wettbewerbsbedingungen verbessern. Die Unternehmen vermöchten im neuen Einheitswährungsraum leichter langfristige Investitionsentscheidungen zu treffen, während die Finanzinstitute Kredite risikoloser über die Grenzen vergeben können. Weiter werde die neue Euro-Zone unabhängiger vom Dollar als Weltleitwährung sein, deren Wertbewegung in den letzten Jahrzehnten eher turbulent verlief, was die europäischen Volkswirtschaften zwar unterschiedlich, aber handelspolitisch weitgehend negativ traf.

### Wie weiter?

Es gibt triftige Argumente für den „Euro“, aber wird er halten können, was man sich von ihm verspricht? Bringt er vor allem auch für Arbeitnehmer und Verbraucher die angekündigten Vorzüge wie Wachstum, Preissenkungen oder auch Verwaltungserparnisse? Überlegungen wie diese sind besonders von den Gewerkschaften anzustellen. Denn

- unabhängig vom Euro-Unmut der hiesigen Bevölkerung,
- ohne die Frage zu stellen, welche Rückwirkungen der Währungsverlust auf die Mitgliedsstaaten haben wird und
- ganz abgesehen von den zum allgemeinen „Maastricht-Trauma“ (Hausmann) zählenden Befürchtungen, daß trotz aller Versprechen der Politiker, der „Euro“ werde „stabiler als die Mark“, die „hinkende Konstruktion“ (Jochimsen) der Währungsunion in Untiefen geraten könnte,

gibt es in diesem Zusammenhang weitere Problemszenarien, wie sie unmißverständlich vom Präsidenten der Deutschen Bundesbank auf den Begriff gebracht worden sind.<sup>35</sup> Beispielsweise sei kaum mit einem Beschäf-

---

<sup>35</sup> Hans Tietmeyer, Europäische Integration und Währungsunion, Vortrag in Bonn am 26.9. 1996, 11 S.358.

tigungseffekt zu rechnen. Die Umstellungskosten hingegen werden erheblich sein, ganz zu schweigen von den absehbaren Aufwendungen für die durch den „Euro“ weiter gefährdete Kohäsion<sup>36</sup> in der 15er-Gemeinschaft. Wir hätten es in Wahrheit mit einem strengen Fitneßprogramm für den hiesigen Standort zu tun, indem nicht zuletzt Bonn die Wirtschafts- und Sozialmodernisierung als Anpassung an Globalisierungsherausforderungen und -Chancen auf dem Umweg über die EU und ihre monetären Sachzwänge durchsetzt. Bedauerlicherweise hat die seit 1983 amtierende Koalition die Innovatkm des Landes verschlafen beziehungsweise politisch nicht umzusetzen vermocht,<sup>37</sup> auch nicht vor der Wiedervereinigung, als noch eitel Konjunktur herrschte. Versäumnisse wie dieses lassen sich heute nicht zuletzt an den horrenden Arbeitslosenzahlen ablesen. Zwar ist „die Idee eines selbstregulierenden Marktes eine krasse Utopie“,<sup>38</sup> gleichwohl gerät das rhenanische Sozialmodell einer umverteilungsmoderierten Markt- als angeblich wohlfahrtsstaatlicher Mißwirtschaft weltweit und damit zunehmend auch in der EU ins Abseits.

„Der Binnenmarkt darf nicht zum Trojanischen Pferd der Systemveränderer werden“, hatte bereits Ex-DGB-Chef Ernst Breit gewarnt, „die das Rad der Sozialgeschichte zurückdrehen wollen“<sup>39</sup>. Genau das geschieht als Deflation, Staatsrückzug etc. allenthalben, nicht zuletzt unter dem Deckmantel der Vorbereitung auf den „Euro“. Er gilt als richtiger Schritt zur kontinentalen Bewährung in der Weltmarktkonkurrenz, läuft jedoch in monetären Pfaden auf eine Amerikanisierung Europas hinaus. Das mag wirtschaftspolitisch gewollt, weil notwendig sein. Dann allerdings wäre über diese Formverwandlung der Sozialmentalität zu diskutieren/streiten,<sup>40</sup> wie etwa gegenwärtig in Frankreich. Wohingegen hierzulande „das Interessanteste an der Büro-Debatte ist, daß sie nicht geführt werden darf“, wie Gerhard Schröder spottete.<sup>41</sup> Auch nicht in/von den Gewerkschaften? Obschon deren Organisation/ ihre Klientel doch gleich mehrfach von den laufenden Spar-, Umbau- und Deregulierungsmaßnahmen betroffen sind, die insgesamt gesehen auf eine Absenkung der Einkommen hinauslaufen. Schon deswegen, weil mit dem Nationalstaat der klassische Adressat von Reformvorstellungen abhanden kommt, wohingegen eine transnationale Interessenvertretung der Arbeitnehmer(innen) mit realem Drohpotential (übernationale Streikkapazität) in Brüssel noch in den Kinderschuhen bloßer Lobbypolitik steckt.

---

<sup>36</sup> Man denke an die am 9. Mai 1997 von Jacques Santer in Athen angekündigten Förderungsmaßnahmen für die Mitgliedsländer „en retard“. Sie sollen das Delors-II-Paket ablösen, das zwischen 1993/1999 die EU rund. 200<sup>9</sup> DM gekostet haben wird.

<sup>37</sup> Hans Brodersen, La fonction de l'Euro pour l'Allemagne et son sile de production. in: Allernagne d'aujourd'hui Nr. 139 (1997), S.3 ff.

<sup>38</sup> Karl Polányi. The Great Transformation, Wien 1977, S.17.

<sup>39</sup> Zit. nach Der Stern Nr. 26 (1988), S. 208.

<sup>40</sup> Vgl. Emmanuel Todd. Die Welt ist brutaler geworden. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.12.1996. S. 34.

<sup>41</sup> Zit. nach Die Zeit vom 24.1.1997, S.2., Zur hiesigen political correctness in Sachen EU, vgl. Wilhelm Hennis, Geld oder Währung, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.1.1997, S. 37.

Die Gewerkschaften hätten Aufklärungsarbeit als „Kompaß im Dschungel“ zu leisten, betonte Klaus Zwickel in Berlin,<sup>42</sup> Mit Blick auf ihre bislang eher leutselige Euro- und Europahaltung<sup>43</sup> müssen sie dafür dringend ebenso überzeugende (sprich durchsetzbare) wie vor allem zeitgemäße Orientierungslinien in der EU-Dimension formulieren. Denn deren mittlerweile in doppelter Hinsicht

- nationalstaatlich (Opposition)
- zwischenstaatlich (Alternativen)

*innen*politischer Kontext wird augenscheinlich als Interessengefährdung der Arbeitskraft kaum verstanden geschweige denn strategisch berücksichtigt. Vielmehr geben Nachkriegsmuster wie

EU-Europa = Frieden

weiter den Ton an, die aufgrund außenpolitischer Bedenken mit EU-Kritik en gros und en detail lieber zurückhalten.<sup>44</sup> Doch die Machtansammlung in Brüssel ist - bei aller Anerkennung der gemeinschaftlichen Modernisierungsleistung für den Alten Kontinent - gleichwohl als undemokratisch, verschwenderisch, bürokratisch, zu marktliberal etc. zu bezeichnen, kurzum als bislang in vieler Hinsicht suboptimal und daher wenig befriedigend.

---

42 Zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.11.1995,8.3.

43 Vgl. Stabiler Kurs auch für Soziales, direkt Nr. 2 (1997), S. 3; Gefährlicher Sparkurs, metall Nr. 3 (1997), S. 10 f.

44 Weswegen es eher rührend wirkt, wenn mit Blick auf die Währungsunion gegen den „Casino-Kapitalismus“ gewettert wird, ohne jedoch außer in Wünschen (Beschäftigungsoffensive, solidarisches Europa) transnational dimensionierte Strategien aufzuweisen, um absehbare Disparitäten der share-holder-society abfedern zu können, vgl. Klaus Zwickel, Politisches Verständnis der Währungsunion, Europäische Zeitung Nr. 5 (1997), S. 17.